

**A9 Nur ein gerechtes Europa kann uns voranbringen!**

Antragsteller\*in: Alexander Kräß

**Antragstext**

1 Das europäische Projekt ist in den letzten Jahren ins Stocken gekommen. –Das  
2 Gefälle in der Europäischen Union ist groß und es gibt immer stärkere Gegensätze  
3 zwischen Gewinnern und Verlierern in der Union, welche diese nicht ausgleichen  
4 kann. Die EU ist durch ihre komplexe Struktur dem Bürger unverständlich geworden  
5 und scheint festgefahren und zum Scheitern verurteilt, was sich durch die  
6 starken Ergebnisse populistischer Parteien auch ausdrückt. Dies muss jedoch  
7 nicht sein – Wie sich bei der Wahl in Frankreich gezeigt hat, gibt es noch einen  
8 Willen für ein fortschrittlicheres, gerechteres und nachhaltigeres Europa,  
9 welchen es umzusetzen und zu konkretisieren gilt.

10 Wir fordern deshalb:

11  
12  
13 • Europa muss vorankommen: Nur mit einer konsequenten, auf europäischer  
14 Ebene geregelten Steuer- und Investitionspolitik kann man die Eurozone mit  
15 langfristiger Zukunftsperspektive regieren, Steuerschlupflöcher stopfen  
16 und das Wachstum voranbringen. Wir fordern deshalb die Schaffung einer  
Fiskal- und Wirtschaftspolitik und die Einführung eine\*r  
Wirtschaftsminister\*in auf europäischer Ebene.

17  
18  
19 • Europa muss europäischer werden: Durch die nationalen Listen bei den  
20 Wahlen zum Europäischen Parlament sind die Abgeordneten von ihren  
21 nationalen Parteien abhängig und werden somit abgestraft, wenn sie  
22 europäische statt nationale Ideen vertreten. Wir fordern deshalb  
23 europäische Wahllisten für alle Parteien für das Europäische Parlament, um  
Europa als solches und nicht als Verbund nationalstaatlicher Interessen zu  
gestalten.

24  
25  
26 • Europa muss einfacher werden: Eine politische Institution ist nichts ohne  
27 die Bürger. Damit die EU von ihren Bürger\*innen besser verstanden und  
28 somit unterstützt werden kann, fordern Wir eine Entflechtung des  
29 "Wirrwar" von Europäischem Parlament, Europäischem Rat, dem Rat der  
30 Europäischen Union, dem Wirtschafts- und Sozialrat und dem Ausschuss der

31 Regionen. Die EU soll sich zu einem demokratisch-föderalistisch  
32 legitimierten Zweikammersystem aus Europäischem Parlament und einer  
33 föderalen zweiten Kammer entwickeln. Die Kommission sollte in einem  
demokratischen Sinne dabei jedoch nur vor dem Parlament verantwortlich  
sein.

34  
35  
36 • Europa muss sozialer werden: Die Ungleichheiten der Unionsstaaten sind  
37 auch den unterschiedlichen Sozialsystemen der Staaten geschuldet, welche  
38 durch ihre großen Unterschiede manche Staaten benachteiligen und andere  
39 bevorzugen. Wir fordern deshalb eine gemeinsame Sozialpolitik auf EU-  
40 Ebene, welche Sozialdumping innerhalb der EU vermeidet und durch eine  
gemeinsame Arbeitslosenversicherung auch zu einer positiven Identifikation  
mit Europa führen wird.

### **Begründung**

Zur Steuerpolitik:

Große Investitionen lohnen sich nur dann, wenn man sie auf europäischer Ebene Gemeinsam ausübt - wenn Frankreich in seine Wirtschaft investiert, hilft dies nicht unbedingt nur der französischen, sondern auch der deutschen Wirtschaft, da die Bürger\*innen mit ihrer höheren Kaufkraft mehr ausländische (und somit meist deutsche) Produkte kaufen. Insofern sollte man im Sinne einer europäischen Wirtschaftspolitik Investitionen koordinieren, damit alle Wirtschaften und nicht nur die deutsche Wirtschaft vom Wachstum profitiert. - Auch wenn der deutsche Außenhandelsüberschuss hoch ist und sich viele damit brüsten, muss man doch der Tatsache ins Auge sehen, dass ein zu hoher Außenhandelsüberschuss auf internationaler Ebene alles andere als nachhaltig ist: Wenn alle Staaten viel zu viel exportieren würden, würde niemand mehr importieren.

Insofern könnte diese Investitionspolitik auch den deutschen Binnenmarkt stärken, so dass Deutsche auch mehr ausländische Produkte kaufen.

Zum Wahlsystem des Parlaments:

In den Wahlen zum europäischen Parlament dominieren meist nationale und nicht europäische Themen und Interessen. Um aus den europäischen Wahlen keine "nationalen Nebenwahlen" zu machen, müssen wir den Parteien mehr Eigenbestimmungsrecht auf europäischer Ebene geben, Europawahlen medial und gesellschaftlich auch mehr in den Fokus rücken und bei den Wahlprogrammen die europäischen Themen der Parteien klar von den nationalstaatlichen Themen unterscheiden.

Zu „Europa muss einfacher werden“:

Das Problem beim Brexit und bei vielen europakritischen Ansichten ist, dass die Europäische Union als Institution oft nicht richtig verstanden wurde und dass dem Bürger diese bisher auch nicht nähergebracht wurde. Die große Komplexität der EU erschwert jedoch ein einfaches Verständnis, wodurch es somit

dringend notwendig ist, die Union einfacher zu gestalten.

Bisher haben vor allem der Rat der Europäischen Union und das Europäische Parlament das Sagen in der Union, wobei der Rat der Europäischen Union und somit die Nationalregierungen stark dominieren. Im Sinne eines demokratischen Europas sollte dieses System jedoch fest in ein Zweikammersystem umgewandelt werden, bei welchem das Parlament Vorrang hat und die Kommission sich nur vor diesem verantworten muss. - Eine Verantwortung der Regierung vor beiden Kammern könnte nämlich zu einer ähnlich schwierigen Situation, wie in Italien führen. Insofern wird die erste Kammer, das Parlament, die Kommission kontrollieren und mittragen und die zweite Kammer, die föderale Kammer, „nur“ in der Gesetzgebung mitwirken.

Diese Forderung schließt eine zweite Kammer als Kammer der Regionen nicht aus.

Zu „Europa muss sozialer werden“:

Es gibt noch immer große sozialpolitische Unterschiede in der EU, welche einen ungleichen Wettbewerb begünstigen und durch die Untätigkeit der Europäischen Union zu ihrem Ruf als „neoliberale Institution“ beitragen. Im Sinne einer fortschrittlichen, gerechten Union wollen wir deshalb auch die Sozialsysteme der Union besser kontrollieren und abstimmen, um allen Bürgern Wohlstand und Sicherheit bieten zu können und die Mitgliedsstaaten unter dem identitätsstiftenden Projekt einer gemeinsamen Arbeitslosenversicherung zu vereinen.